

Sprechzettel

Anfrage des Abgeordneten Patrick Breyer von der Piratenfraktion vom 8. Juni 2013
in der Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 12. Juni 2013 zum

„Bericht der Landesregierung über Überwachungspläne der Innenminister und der
Bahn“

Die Ständige Konferenz der Innenminister und –senatoren der Länder (IMK) hat in ihrer Sitzung am 06./07.12.2012 zur „Neuausrichtung des Verfassungsschutzes“ auch Maßnahmen zur stärkeren Nutzung und Aufklärung extremistischer Bestrebungen des bzw. durch das Internet beschlossen.

Das Internet hat sich inzwischen zum Kommunikationsmedium Nr. 1 entwickelt. Extremistische und terroristische Gruppierungen im In- und Ausland nutzen zunehmend die vielfältigen Kommunikationsformen des Internets.

Für den Verfassungsschutzverbund ergeben sich daraus zwei zentrale Aufgabenstellungen:

Zum einen gilt es, die Aufklärung extremistischer Bestrebungen im und durch das Internet stetig weiter zu entwickeln. Zum anderen gilt es, die Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit der Verfassungsschutzbehörden dem veränderten Mediennutzungsverhalten anzupassen.

Extremistische Internetaktivitäten beschränken sich in der Regel nicht auf einen regionalen Wirkungskreis, Grenzen sind faktisch aufgehoben. Die zielgerichtete Bekämpfung extremistischer Internetaktivitäten aller Phänomenbereiche durch offene und verdeckte Informationsbeschaffung unter Nutzung technischer Lösungswege erfordert zur Vermeidung von Doppelarbeit und zur Bündelung von Ressourcen eine koordinierte Zusammenarbeit im Verbund.

Zu den an diesen Grundsätzen ausgerichteten Maßnahmen zählt die Schaffung einer zentralen Indexdatenbank für extremistische Internetinhalte, um einen schnellen und umfassenden Zugriff auf extremistische Internetauftritte zu ermöglichen. Notwendige Funktionalitäten sind neben einem geeigneten zentralen legendierten Internetanschluss entsprechende Instrumente, um relevante Inhalte archivieren, recherchieren und bei Bedarf exportieren zu können. Bereits bestehende Instrumente hierfür müssen unter Beachtung der notwendigen rechtlichen Grundlagen kontinuierlich fortentwickelt und optimiert werden.

Ebenso dazu zählt die Einrichtung einer gemeinsamen Mediendatei als neuer Bestandteil der Informations- und Kommunikationsarchitektur im Verfassungsschutzverbund. Hierin sollen relevante Audio-, Video- und Textdateien einschließlich einer Bewertung arbeitsteilig zentral indexiert und archiviert sowie jederzeit abrufbar sein. Die Möglichkeit auf in Teilbereichen bereits bestehende Ressourcen dieser Art im Gemeinsamen Internetzentrum (GIZ) zurück zu greifen, soll unter Beachtung der rechtlichen Grundlagen geprüft und entsprechend umgesetzt werden.

Die „Koordinierungstagung Internet“ (KTI), ist ein im Verfassungsschutzverbund unterhalb der Amtsleiterebene der Verfassungsschutzbehörden entsprechend fachlich ausgerichtetes, von allen Landesbehörden und dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) besetztes Gremium. Es wurde beauftragt, entsprechende Vorschläge zur weiteren, konkreten Ausgestaltung der genannten Internetnutzung durch die Verfassungsschutzbehörden unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen zu erarbeiten und der Konferenz der Innenminister und –senatoren vorzulegen. Diese Arbeiten dauern an.